

Depesche

Koalitions-
Bilanz

Stadhallen-
Vergabe

KiTa: Fokus
auf Qualität

Vernichtende Halbzeitbilanz

Seit der Kommunalwahl im März 2016 sind nun fast zweieinhalb Jahre vergangen – Zeit genug, eine Halbzeitbilanz zu ziehen. Als Verliererkoalition starteten SPD, Grüne und Freie Wähler in ihre zweite Amtszeit, nachdem sie fünf Mandate eingebüßt hatten und auf die kleinste mögliche Mehrheit von 30 (von 59) Sitzen geschrumpft waren. Anstatt den Schuss vor den Bug wahrzunehmen und sich auf die politische Mitte zuzubewegen, verstärkte die Koalition noch ihren Linkskurs. Besonders deutlich wird dies beim Einfluss der Grünen auf die Stadtpolitik: Hatte der Wähler die Grünen mit dem Verlust von vier ihrer ehemals neun Sitze regelrecht abgestraft und zur kleinsten Fraktion gemacht, drehten die Grünen nur noch mehr auf. Hinzu kommt, dass inzwischen der grüne Fundi-Flügel in Wetzlar die Macht übernommen hat. Zur gleichen Zeit überzieht Bürgermeister Semler, für die Freien Wähler im Magistrat, die Stadt mit einer Vielzahl von Baumaßnahmen, denen zumindest eines gemeinsam ist: Sie werden direkt (über Beiträge) oder indirekt (über Steuern) für den Bürger teuer. Inzwischen sind ganze Stadtteile in Aufruhr: Münchholzhausen wegen der Straßenbeiträge und Blasbach wegen der Zerstörung des Waldes für unsinnige Windkraftanlagen. Die SPD, die ja den Oberbürgermeister stellt, ist führungsschwach und überlässt den Koalitionspartnern weitgehend das Feld. Außerdem fährt sie einen Kuschelkurs mit der Linkspartei, um so die knappe Mehrheit auszubauen. Der Preis ist eine fehlende Distanz zu Kräften am linken Rand wie z.B. Antifa-Gruppen, was sich besonders bei Demonstrationen zeigt. Hinten herunter fällt die Mitte der Gesellschaft:



- Die Bürger, die arbeiten, wohnen und ihre Steuern zahlen - denn die Steuern in Wetzlar sind auf Rekordniveau.
- Die Menschen, die über Bauvorhaben informiert und ernst genommen werden wollen - denn Politik muss für die Menschen gemacht werden.
- Die Bewohner der Stadtteile, die so klein sind, dass die Koalition den Gegenwind ignoriert - denn bei ihnen zieht der Magistrat unbarmherzig seine Linie durch.

Was wir befürchtet haben, ist leider eingetreten: Nachdem Wolfram Dette Ende 2015 von Bord gegangen ist, wird im Rathaus stramm links regiert – und das hat Konsequenzen. Die merken wir heute. Es wird Zeit, dass sich etwas ändert! Der Countdown dieser Koalition läuft!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Wetzlarer,

Politiker sind auch Bürger und so habe ich in diesem Sommer am eigenen Leib erlebt, was es heißt, von Entscheidungen des Magistrats betroffen zu sein: Über Wochen war mein Schlaf durch ständig vorbeirauschende Autos empfindlich gestört. Dabei ist die Helgebachstraße, in der ich wohne, nur für Anlieger freigegeben und zudem Tempo-30-Zone. Ursache waren die Baumaßnahmen in der Nauborner Straße und die unattraktiven und überlasteten Umleitungen. Ein Anwohnerinformationsblatt von Bürgermeister Semler habe ich ebenso vermisst wie ein Eingreifen des Ordnungsdezernenten Kratkey gegen den massenhaften Missbrauch einer Anwohnerstraße für Durchgangsverkehr. Da können SPD, FW und Grüne von angeblichen Erfolgen ihrer Politik und von Bürgernähe reden. Mein Erlebnis und das vieler Bürger ist ein anderes.

In dieser Depesche ziehen wir deshalb eine ehrliche Halbzeitbilanz und die fällt, es wird Sie kaum wundern, nicht besonders gut aus. Das Beste ist: Es ist „Bergfest“ und in 2 ½ Jahren dürfen Sie wieder entscheiden!

Herzlichst Ihr

FDP-
Stadtverordnetenfraktion
Wetzlar
Schmiedgasse 8
35578 Wetzlar

Freie
Demokraten
Wetzlar FDP





Thomas Schermuly

Alter Friedhof

Wenig pietätvolle Verwilderung auf unseren Friedhöfen

Der Alte Friedhof ist ein würdevoller Ort, auf dem sich viele Gräber bedeutender Wetzlarer Bürger befinden. Auch neue Bestattungen werden wieder durchgeführt. Die Würde des Ortes sollte sich auch in der Gestaltung widerspiegeln. Es ist deshalb sehr bedauerlich, dass gerade auf dem Alten Friedhof so genannte „wilde Wiesen“ entstehen sollen, bei denen städtisch gefördert Unkraut (in grüner Sprache „Wildkräuter“) wachsen soll. Wir meinen: Unkraut im Garten ist schon schlimm genug, aber bitte nicht mit Absicht auf dem Alten Friedhof! Wir haben beantragt zu prüfen, wie sich die Verwilderung mit den Pflegevorschriften der Friedhofsatzung vereinbaren lässt, und sind auf das Ergebnis gespannt.



Angelika Kunkel

Bäume erhalten

Alte Bäume am Liebfrauenberg erhalten

Es ist gut, dass das marode und nicht in die Altstadt passende Stadthaus am Dom bald verschwindet. Gut ist auch, dass der Liebfrauenberg umgestaltet werden soll, ähnlich wie er früher einmal ausgesehen hat. Dazu gehört auch, dass Freiflächen bebaut werden, wenn sie früher einmal bebaut waren und sich dies schön in die Stadt einfügt. Wir als FDP-Fraktion setzen uns dafür ein, ernsthaft zu prüfen, wie möglichst viele der in diesem Bereich stehenden alten Bäume erhalten werden können. Diese spenden Schatten und sind für das Mikroklima wichtig.



Dr. Christoph Wehrenfennig

Klimaschutz

Praktische Fragen beim Klimaschutz werden vergessen

Klimaschutz ist wichtig, er zeigt sich aber nicht im Reden, sondern im Handeln. Beim (grünen) Marketing ist Wetzlar vorn. Wenn es aber um pragmatische Lösungen geht, sind wir ganz hinten. So regt der Klimaschutzmanager im Kreis an, bei Verwaltungsgebäuden auf Warmwasser zu verzichten. Im Kreis, wo wir Verantwortung tragen, rüsten wir die Verwaltungsgebäude um. Dies ist gut für die Umwelt und spart zugleich richtig Geld. Nichts geschehen ist bislang im Wetzlarer Rathaus, wo es nach wie vor warmes Wasser gibt. Wetzlar hat sogar einen eigenen Klimaschutzmanager, kümmert sich aber lieber um öffentlichkeitswirksame Auftritte.



Thomas Meißner

Franzenburg

Wenig durchdachter Schnellschuss an der Franzenburg

Ohne ausgearbeiteten Plan wurde vor den Sommerferien eine Entscheidung für ein zentrales Wetzlarer Verkehrsprojekt durchgewunken: die Straßenführung an der Franzenburg. Hier soll es nach dem Willen der Koalition nun eine einfache Ampelkreuzung geben. Verkehrsrechnungen lassen bereits jetzt zweifeln, ob diese Lösung ausreicht. An Radfahrer wurde gar nicht gedacht. Spezielle Anforderungen von Fußgängern oder ÖPNV wurde nicht einbezogen. Neue Ideen sind gefragt. So könnte eine Kombination von Kreisel und Durchgangsstraße (Hamburger Kreisel) eine bessere Lösung für alle Verkehrsteilnehmer sein. Wir wollen dies jedenfalls prüfen lassen.



Jürgen Lauber-Nöll

Straßen- ausbau

Beim Straßenausbau müssen die Kosten runter!

Ich verstehe die Sorgen der Menschen in Münchholzhausen, in der Phönixstraße und in anderen Teilen der Stadt, die Straßenausbaubeiträge in einer Höhe zahlen sollen, die sie in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährden kann (Höchstbetrag bisher: € 90.000 in der Phönixstraße). Nur eine herzlose Politik stellt dies als „Sturm im Wasserglas“ dar (Zitat Sarges, Grüne). Wer, wie die SPD, als einzige Lösung anbietet, das Land solle die Zeche zahlen, der argumentiert unredlich. Vor der Bundestagswahl hatte die SPD gefordert, der Bund solle zahlen – am Ende ist nichts davon übrig geblieben. Auch mit der neuen Möglichkeit, Straßenbeiträge auf 20 Jahre zu verteilen, bleiben Straßenbeiträge in solcher Höhe gerade für sozial weniger gut gestellte Personen eine nur schwer zu schulternde Last – und auch finanziell besser gestellte Einwohner können Schwierigkeiten bekommen, wenn sie für eigene Investitionen ein Bankdarlehen benötigen sollten. Realistisch gibt es nur eine Lösung: Die Kosten müssen runter, und sie müssen auf mehr Schultern verteilt werden (enwag, Telekom, Abwasserverband, etc.) und der städtische Anteil sollte steigen. Dann werden aus 30.000€ vielleicht nicht 0€, aber tragbare 5.000€. Wir wollen, dass Sie als Bürger wirklich entlastet werden!

Vergabe der Stadthalle: OB Wagner ignoriert das Bundesverfassungsgericht

Am 24. März verweigerte OB Wagner die Herausgabe der Stadthalle für eine Veranstaltung der NPD trotz eines gegenteiligen Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts. Dazu gab es viel Kritik aus der ganzen Republik; von Vertretern der Wetzlarer Rathauskoalition jedoch Unterstützung. Dazu beantwortet Dr. Matthias Büger sieben Fragen, die an uns herangetragen wurden:

Frage 1: Die NPD ist eine verfassungsfeindliche Partei. Ist es da nicht richtig, Veranstaltungen in Wetzlar zu unterbinden?

MB: Auch wir wollen keine Veranstaltungen extremistischer Kräfte in Wetzlar! Der Magistrat darf und sollte alles rechtlich Mögliche tun, um solche Veranstaltungen zu unterbinden.

Frage 2: Der Magistrat behauptet, er hätte sich an das Recht gehalten.

MB: Das ist objektiv falsch. Der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts schreibt: „Offenkundig bestanden bei der Stadt Wetzlar Fehlvorstellungen über die Bindungskraft richterlicher Entscheidungen“; und ermahnt die Kommunalaufsicht, „sicherzustellen, dass gerichtliche Entscheidungen künftig befolgt werden“. Das ist eindeutig: Die Stadt hat sich über einen Beschluss des höchsten deutschen Gerichts hinweggesetzt.

Frage 3: Hat der Regierungspräsident die Stadt nicht freigesprochen?

MB: Der RP hat auf eine Sanktion verzichtet, weil er meint, die Vertreter der Stadt hätten nicht gemerkt, dass sie etwas Falsches tun. Er schreibt, dass „die Stadt Wetzlar den Beschluss des Bun-

desverfassungsgerichts nicht willentlich missachtet hat.“ D.h. aber: Der Beschluss wurde missachtet.

Frage 4: Die Verteidiger des Oberbürgermeisters behaupten, es habe an Versicherungsschutz und Sanitätspersonal gemangelt, die jeder andere Nutzer der Stadthalle vorweisen müsse. Gelten die AGBs nicht für die NPD und warum sollte man die NPD auch noch besserstellen als andere Vereine?

MB: Das Argument mit der Besserstellung höre ich oft. Vor dem 24. März mussten viele Vereine und Parteien keinen Versicherungsschutz nachweisen. Juristisch ist das aber gar nicht entscheidend. Die Stadt darf die Einhaltung der AGBs verlangen, selbst wenn andere Vereine sich bislang nicht daran halten mussten. Wenn die Stadt aber Bedenken wegen Versicherungsschutz und Sanitätsdienst hat, muss sie das vor dem Verwaltungsgericht vorbringen und kann es nicht nachschieben. In den Urteilen und Beschlüssen wird das Thema erwähnt.

Frage 5: Was sagen denn die Gerichte zum Versicherungsschutz?

MB: Das BVerfG schreibt in seinem Beschluss vom 24. März, dass sich die Stadt nicht auf angeblich fehlenden Versicherungsschutz berufen kann, weil diese Frage entweder zu spät vorgebracht oder bereits in den Urteilen der Verwaltungsgerichte behandelt, aber von diesen Gerichten als nicht entscheidungsrelevant angesehen wurde. Die Stadt hat also auch in dieser Frage vor Gericht verloren.

Frage 6: Juristerei hin oder her: Die Urteile widersprechen doch dem allgemeinen Rechtsempfinden. Ist es nicht gut, hier Widerstand zu leisten, wie es z.B. der stv. SPD-Fraktionsvorsitzende fordert?

MB: Jetzt sind wir beim Kern angelangt. Es gibt keine Demokratie ohne Gewaltenteilung. Auch ich finde nicht jedes Gerichtsurteil richtig, und auch ich freue mich nicht, wenn die NPD oder eine andere radikale Kraft vor Gericht gewinnt. Aber wenn wir die Bindung der Verwaltung an Recht und Gesetz aufgeben – und sei es nur in einem Fall – dann setzen wir in letzter Konsequenz jeden



Bürgermeister über das höchste deutsche Gericht. Der Fall Wetzlar schlägt inzwischen deutschlandweit Wellen. So wird er am 17.7. vom Tagesschau-Kommentator Frank Bräutigam als Negativbeispiel erwähnt. Mit Bezug auf Wetzlar wird Bundesjustizministerin Barley (SPD) am 26.7. in der Berliner Morgenpost mit den Worten zitiert: „Was unabhängige Gerichte entscheiden, gilt. Wenn Behörden sich aussuchen, welchen Richterspruch sie befolgen und welchen nicht, ist das das Ende des Rechtsstaats.“ Selbst wenn die Übertretung in guter Absicht geschah. Es gibt keine Demokratie ohne Rechtsstaatlichkeit. Deshalb kämpfe ich so sehr für den Rechtsstaat.

Frage 7: Abschlussfrage: Was wird die FDP-Fraktion jetzt tun?

MB: In der Deutschen Richterzeitung fordert der Gießener Jura-Professor Augsberg mit Blick auf den Fall Wetzlar eine intensive Aufklärungsarbeit, „damit solches Verhalten nicht Schule macht“. Wir werden deshalb alle uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, dazu beizutragen. Hierzu dient auch dieser Artikel.



KiTa: Fokus muss auf Qualität liegen



Hoher Besuch im Kindergarten der Lebenshilfe: Der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag und sozialpolitische Sprecher, René Rock, war auf Anregung der FDP-Stadtverordnetenfraktion zu Gast in Wetzlar. Rock lobte das integrative Konzept der Lebenshilfe, die seit vielen Jahren eine herausragende Arbeit leiste. „Während sich die anderen Parteien darauf konzentrieren, die finanziellen Beiträge der Eltern zu senken, stellen wir die Qualität in den Mittelpunkt unseres Handelns. Denn die KiTa ist ein erster Bildungsort“, so Rock. Fraktionsvorsitzender Büger unterstreicht: „Das Geld, das Wetzlar vom Land erhalten hat, fließt eins-zu-eins an die Eltern. Die Kosten für die Stadt steigen sogar, wenn nun mehr Stunden nachgefragt werden. Wir würden uns vom Land mehr Geld wünschen, das wir in kleine Gruppen, Weiterbildungsangebote und neue Spielgeräte investieren können.“ Rock versprach, sich dafür einzusetzen.

Besuch im Heimatmuseum Garbenheim

Wetzlar hat viel zu bieten – das gilt nicht nur für die Kernstadt, sondern auch für die Stadtteile. Im Rahmen einer Sommerwanderung auf dem Goetheweg besuchten Mitglieder und Gäste der FDP-Fraktion das Heimatmuseum in Garbenheim. Nach besinnlichen Goethe-Zitaten am Denkmal in Garbenheim wurde die Gruppe von Heike Grüner, der Vorsitzenden des Heimatsvereins, und Museumsleiterin Hilde Junge empfangen. Als Ehrengäste waren Kreiswirtschaftsdezernent und Alt-Oberbürgermeister Wolfram Dette sowie FDP-Bundestagsabgeordneter Dr. Hermann-Otto Solms nach Garbenheim gekommen. Fraktionsvorsitzender Dr. Matthias Büger lobte das beispielhafte Wirken der über 130 ehrenamtlich Tätigen: „Dies ist bürgerschaftliches Engagement im besten Sinne.“



Unsere Halbzeitbilanz

Als FDP-Fraktion haben wir in den letzten 2½ Jahren die Regierung konstruktiv kritisch begleitet. Wir haben darauf gedrängt, dass Bürgerbeteiligung auch wirklich gelebt wird – man denke nur an das Freibad, wo eine kleine Gruppe plötzlich für die ganze Stadt bestimmen sollte. Wir haben mit Fragen nachgebohrt – allein 15 mal in der Stadtverordnetenversammlung und ungezählte Male in den Ausschüssen – damit Sie als Bürger an die wichtigen Informationen kommen. Wir haben unsere Position verdeutlicht und auch mal den Finger in die Wunde gelegt – in allein 113 Redebeiträgen in der Stadtverordnetenversammlung. Wir haben Vorlagen abgelehnt, wenn sie in die falsche Richtung gingen, aber auch viele Beschlüsse im Konsens gefasst, wie z.B. die Vorlagen zum Stadthaus am Dom. Wir haben aber auch gezeigt, was wir anders machen würden, wenn wir in der Regierung wären – mit 36 eigenen Anträgen, davon allein 23 Anträgen zum Haushalt. Über all dies haben wir Sie regelmäßig informiert mit unserer Depesche. Und was uns ganz wichtig ist: Wir waren und sind immer offen für Sie und Ihre Anliegen. Dies wollen wir auch in Zukunft so halten –

Ihre FDP-Fraktion!

LEUTE
LEUTE

Die FDP-Fraktion gratuliert Stadtverordnetenvorsteher Udo Volck zu seinem 25jährigen Amtsjubiläum und bedankt sich für die professionelle und überparteiliche Leitung der Stadtverordnungsitzungen.



Die FDP-Fraktion freut sich über die Wahl von Numan-Can Akinti (4.v.l.) zum Vorsitzenden der Jungen Liberalen Wetzlar. Jugendorganisationen spielen eine wichtige Rolle im politischen Leben einer Stadt. Deshalb ist es gut, dass die Jungen Liberalen jetzt in Wetzlar aktiv werden wollen.



Impressum

Herausgeber
FDP-Stadtverordnetenfraktion Wetzlar
Dr. Matthias Büger
V.i.S.d.P.
Dr. Matthias Büger
Schmiedgasse 8
35578 Wetzlar
Bearbeitet von Heike Meißner
Druck: wd print + medien

Kontakt

Telefon: 06441/42592
E-Mail: info@fdp-wetzlar.de

Freie
Demokraten

Wetzlar FDP